

PROCESSING COPY**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT****CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

25X1

COUNTRY **East Germany**

REPORT

 SUBJECT **Training in Political Science for
Officials Connected with Local Economy**
DATE DISTR. **22 MAY 1957**NO. PAGES **1**REQUIREMENT
NO. **RD**DATE OF
INFO.PLACE &
DATE ACQ.**ENCLOSURE ATTACHED****PLEASE ROUTE**

REFERENCES

25X1

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

political science training
booklet for East German officials connected with local industry.
The booklet is entitled "The Role of Private Industry during the Period
of Transition from Capitalism to Socialism". Although the covering
memorandum is classified, the attachment is not. (44 pages in German)

Unclassified

24 JUN RECD

25X1

26 JUN 1957

26 JUN 1957

27 JUN 1957

CONFIDENTIAL

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC					
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C O N F I D E N T I A L

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Training in Political Science for
Officials Connected with Local Economy

DATE DISTR.

22 MAY 1957

NO. PAGES

1

REQUIREMENT
NO.

RD

DATE OF
INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

REFERENCES

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

political science training
booklet for East German officials connected with local industry.
The booklet is entitled "The Role of Private Industry during the Period
of Transition from Capitalism to Socialism". Although the covering
memorandum is classified, the attachment is not. (44 pages in German)

25X1

C O N F I D E N T I A L

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC					
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Staatspolitische Schulung



für die Mitarbeiter der örtlichen Wirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik

*Die Rolle und Stellung
der privaten Industrie
in der Übergangsperiode
vom Kapitalismus zum
Sozialismus*
in der Deutschen Demokratischen Republik



Herausgeber :

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft

STAATSPOLITISCHE SCHULUNG

**für die Mitarbeiter der örtlichen Wirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

**Die Rolle und Stellung
der privaten Industrie
in der Übergangsperiode
vom Kapitalismus zum Sozialismus
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Lehrmaterial 3

Herausgeber

**REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft**

Sanitized Copy Approved for Release 2010/05/25 : CIA-RDP80T00246A034600240001-1

Verlag Die Wirtschaft, Berlin NO 18, Am Friedrichshain 22 (Verlagsleitung), und Berlin W 8, Französische Straße 13/14 (Buchverlag). 1956 veröffentlicht — Liz.-Nr. 122 — Druckgenehmigungs-Nr. 195/139/57. Alle Rechte vom Herausgeber, Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, vorbehalten. Einbandentwurf und Typografie: Wirtschaft, Grafik. Satz und Druck: (36) Tägliche Rundschau, Berlin W 8.

Sanitized Copy Approved for Release 2010/05/25 : CIA-RDP80T00246A034600240001-1

1 Die privatkapitalistische Industrie in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus	5
2 Das Wirken objektiver ökonomischer Gesetze	10
3 Die Bedeutung und die Hauptaufgaben der privaten Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik	12
4 Die Wirtschaftspolitik unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht gegenüber der privatkapitalistischen Industrie	15
a) Finanzpolitik (Steuern, Kredite)	15
b) Preisgestaltung	18
c) Exportförderung	19
d) Gewerbelenkung	20
e) Verbesserung der Arbeitsbedingungen	20
f) Vertragswesen	20
g) Stellung und Aufgaben der Industrie- und Handelskammer	22
5 Die Aufgaben der Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane .	27
6 Die Perspektive der privaten Betriebe und der Unternehmer — Die staatliche Beteiligung an privaten Betrieben	37

in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus

Das feste Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der werktätigen Bauern ist die unerschütterliche politische Grundlage unserer volksdemokratischen Ordnung und des Aufbaues des Sozialismus in der DDR.

Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft im sozialistischen Aufbau. Die werktätigen Bauern besitzen im genossenschaftlichen Zusammenschluß ihre klare Perspektive, desgleichen die Handwerker. Der sozialistische Aufbau erweitert Rolle und Aufgabenbereich der Intelligenz. Für die privaten Einzelhändler werden ihren Interessen entsprechende Formen für die Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau geschaffen. Auch den kleinen und mittleren Unternehmern in der Industrie und den Großbauern ist im sozialistischen Aufbau eine klare und sichere Perspektive gegeben.

Das ist von größter Bedeutung, denn daraus ergibt sich eine feste Grundlage für die Zusammenarbeit aller Klassen und Schichten der DDR in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sowie im antifaschistisch-demokratischen Block beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf um ein einheitliches und demokratisches Deutschland. In anderen Worten ausgedrückt, sind in der DDR, wo die Grundlagen des Sozialismus im wesentlichen geschaffen sind und die Frage „Wer — Wen“ im wesentlichen entschieden ist, alle Voraussetzungen gegeben, die moralisch-politische Einheit unserer gesamten Bevölkerung herzustellen.

Das 25. Plenum des ZK der SED hatte bereits in seinem Beschluß zur Vorbereitung der 3. Parteikonferenz festgestellt, daß es im privaten Sektor der Wirtschaft notwendig ist, die Produktion und deren Qualität zu erhöhen sowie die Produktionserfahrungen und die Privatinitiative stärker für die Durchführung der im Plan vorgesehenen Aufgaben einzusetzen.

Die 3. Parteikonferenz der SED, auf der Genosse Walter Ulbricht, der Erste Sekretär der Partei, ausführlich die Fragen des Mittelstandes behandelte, klärte auch einige Fragen von großer Tragweite für die private Wirtschaft; denn im Zusammenhang mit den Problemen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wurde auch speziell der privaten Industrie ihre weitere Perspektive aufgezeigt.

zum Ausdruck, daß sich der Mittelstand im Bündnis mit der Arbeiterklasse wohler fühlt als unter der Drohung des Damoklesschwertes des Monopolkapitals, das früher über ihm schwebte.

Genosse Otto Grotewohl erklärte u. a. in seinem Referat: „Eine enge Zusammenarbeit besteht auch zwischen der Arbeiterklasse und den Mittelschichten. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht gewährleistet diesen Schichten, die in Westdeutschland der Willkür der Monopole und dem Ruin ausgesetzt sind, die große Perspektive für ihre Entwicklung. Die Lüge der Feinde der Arbeiterklasse ist zerstoßen, daß der Sozialismus den Mittelschichten feindlich gegenüberstehe. Im Gegenteil, sie befreit die Mittelschichten aus der Unterwerfung unter die Willkür der Monopole. Sie gibt ihnen die Möglichkeit, sich zu den Höhen der sozialistischen Produktion zu erheben und hier ihre Produktivkräfte allseitig zu entfalten.“

Die Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der SED über den zweiten Fünfjahrplan und den Aufbau des Sozialismus in der DDR waren ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß es für den deutschen Mittelstand ein Leben in Frieden, nationaler Unabhängigkeit und Wohlstand nur an der Seite der Arbeiterklasse und unter deren Führung geben kann.

Die Politik der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik hat sich niemals gegen den Mittelstand gerichtet, im Gegenteil, die Arbeiterklasse hat im Kampf für Frieden und Demokratie stets auch die Belange der anderen schaffenden Schichten, also auch die des Mittelstandes, verfochten.

Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert die Zukunft ganz Deutschlands, weil sie auf dem Wege vorwärtsschreitet, der den Gesetzen des Fortschritts entspricht.

Die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED haben für die Erfüllung der Aufgaben, die der privaten Industrie im zweiten Fünfjahrplan übertragen sind, den Weg gewiesen.

Wenn dem Mittelstand ein fester Platz in der DDR zugesprochen wurde, der Platz an der Seite der führenden Arbeiterklasse, so bedeutet das für die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, daß sie sich mit dem Wesen und Inhalt der Mittelstandspolitik von Partei und Regierung vertraut und alle Anstrengungen machen müssen, um die weitere Vertiefung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Mittelschichten zu sichern.

Auf dem Gebiet der DDR sind die Monopole beseitigt und deren Betriebe in die Hand des Volkes überführt worden. So wurden die Banken und ein großer Teil der Industriebetriebe sowie das Ver-

Voraussetzung dafür, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft eingeleitet werden konnte. Durch die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher wurden fast alle führenden Industriezweige im sozialistischen Sektor konzentriert. Die sozialistische Industrie, die sozialistische Landwirtschaft, der sozialistische Verkehr und Handel sind die entscheidenden wirtschaftlichen Faktoren in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die in der DDR vorhandenen Privatbetriebe stellen einen Teil unserer gesamten Volkswirtschaft dar. Die Herrschaft des Kapitalismus wurde in unserer Republik gebrochen durch die Übernahme der wichtigsten und größten Betriebe in die Hand des Volkes sowie durch die Enteignung der Monopole und Banken und ihre Umwandlung in Volkseigentum.

Die Rolle der Bourgeoisie in der DDR ist dadurch gekennzeichnet, daß durch die Entmachtung des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes der mächtigste und reaktionärste Flügel dieser Klasse beseitigt und damit die Macht dieser Klasse gebrochen ist. Eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer privater Betriebe sind heute noch vorhanden und werden auch noch eine ganze Zeit bestehen bleiben.

So sagte Walter Ulbricht auf der 25. Tagung des ZK der SED: „Unser richtiger Standpunkt zur Frage der Entwicklung der kapitalistischen Betriebe ist auf der 21. Tagung des Zentralkomitees klar festgelegt worden. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß sozialistische und kapitalistische Betriebe auf eine lange Zeit nebeneinander bestehen werden.“

Es wäre aber falsch anzunehmen, daß der Klassenkampf in der DDR völlig verschwunden ist. Klassenkampf gibt es in verschiedenen Formen. Er vollzieht sich auf politischem, ökonomischem und und ideologischem Gebiet.

Die Positionen des Sozialismus sind jedoch bereits so stark, daß die meisten dieser Fragen mit den Mitteln der Erziehung gelöst werden können. Das heißt, daß es im Innern der DDR keine gesellschaftliche Quelle gibt, aus der gesetzmäßig, mit unabwendbarer Notwendigkeit sich der Klassenkampf verschärfen müßte.

Das besagt nicht, daß eine Verschärfung des Klassenkampfes absolut unmöglich wäre. Man muß vor allem berücksichtigen, daß die Monopolherren und Großgrundbesitzer, die bei uns, auf dem Gebiet der DDR, entmachteten wurden, die ökonomische und politische Macht

...Westberlin besitzen, von dort versuchen sie, gemeinsam mit den ausländischen Imperialisten, den Klassenkampf in der DDR zu schüren und den sozialistischen Aufbau bei uns durch Sabotage und Agententätigkeit zu behindern. Die DDR befindet sich von allen Ländern des sozialistischen Weltsystems dem imperialistischen Lager am nächsten. Die Imperialisten haben durch Westberlin mitten in unserer Republik eine wichtige Basis für die Agententätigkeit und die Schürung des Klassenkampfes in der DDR. Die 3. Parteikonferenz zog daraus die Schlußfolgerung, „daß in der Deutschen Demokratischen Republik die politische und sozialökonomische Basis der Arbeiter-und-Bauern-Macht so gefestigt ist, daß sich der Klassenkampf stärker gegen die Kräfte konzentriert, die den amerikanischen und westdeutschen Kriegstreibern, die vom Boden der Bundesrepublik und Westberlins gegen die DDR arbeiten, Hilfsdienste leisten“ (Walter Ulbricht, „Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR“).

Die Tatsache, daß es in den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen der DDR keine gesellschaftliche Quelle gibt, aus der sich eine gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes mit unabdingbarer Notwendigkeit ergibt, ist von außerordentlich praktischer Bedeutung. Viel mehr als bisher muß deshalb die erzieherische Funktion des Staates in den Vordergrund treten.

Neben unseren volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben existieren gegenwärtig rund 13 500 private Industriebetriebe. In der Übergangsperiode müssen wir drei Eigentumsformen an den Produktionsmitteln und damit auch drei Wirtschaftsformen unterscheiden.

Unsere Volkswirtschaft setzt sich demnach aus folgenden Eigentumsformen zusammen:

1. dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln, das
 - a) aus dem Volkseigentum und
 - b) aus dem genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln besteht;
2. dem auf Arbeit beruhenden privaten Eigentum an den Produktionsmitteln (diese Gruppe ist unter dem Begriff der kleinen Warenproduzenten bekannt);
3. dem kapitalistischen Eigentum, das, wie Gen. Oelßner definierte, auf sechs Gebieten besteht:
 - a) den kapitalistischen Industriebetrieben,
 - b) großen Handwerksbetrieben mit kapitalistischem Charakter,
 - c) Großbauernwirtschaften,
 - d) kapitalistischen Unternehmen im Groß- und Einzelhandel,

f) kapitalistischen Genossenschaften.

Diese letztgenannten sechs Gruppen bilden zusammen den kapitalistischen Sektor.

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus wird durch das Nebeneinanderbestehen verschiedener Eigentumsformen an den Produktionsmitteln charakterisiert. Das besondere Merkmal der Übergangsperiode ist die Ersetzung der überlebten kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die neuen, sich herausbildenden und sich ständig festigenden sozialistischen Produktionsverhältnisse. Das wurde auf dem 25. Plenum und der 3. Parteikonferenz der SED eingehend dargestellt und ausgeführt. Die wichtigste ökonomische Aufgabe der Übergangsperiode ist es, die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Wirtschaftszweigen zu schaffen bzw. sie zu festigen, wo sie bereits bestehen.

Hieraus ergeben sich für die Mitarbeiter im Staatsapparat der Bezirke und Kreise wichtige Schlußfolgerungen, da sie nicht nur ihre Aufmerksamkeit vorwiegend auf die weitere Festigung der bestehenden sozialistischen Produktionsverhältnisse zu richten haben, sondern sich auch mehr als bisher mit dem Produktionsgeschehen der privaten Industrie beschäftigen müssen.

Die Umwandlung der Produktionsverhältnisse hat vornehmlich mit ökonomischen Mitteln zu erfolgen. Deshalb ist die Wirtschaftspolitik unseres Staates in der Übergangsperiode von entscheidender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang müssen die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf dem 21. Plenum in Erinnerung gerufen werden; dort sagte er: „Aufgabe der Staatsmacht ist es, die Produktion der sozialistischen Betriebe zu fördern, die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Genossenschaften des Handwerks und der Fischerei zu unterstützen, aber gleichzeitig die Bauern, Handwerker und Unternehmer anzuregen, die Erzeugung von Waren des Massenbedarfs und die Dienstleistungen an die Bevölkerung zu erhöhen.“

Wir kommen nun zu einigen Fragen des Wirkens objektiver ökonomischer Gesetze. Diese existieren unabhängig vom Willen des Menschen und dürfen nicht mit juristischen Gesetzen, die die Organe der Staatsmacht erlassen, verwechselt werden.

Die Übergangsperiode hat keine besonderen ökonomischen Gesetze, die nur für sie Gültigkeit haben, sondern sie ist die historische Periode der Verdrängung und Ablösung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus durch die ökonomischen Gesetze des Sozialismus.

Werden die objektiven ökonomischen Gesetze nicht berücksichtigt und handelt man diesen Gesetzen zuwider, so macht sich ihr objektiver Charakter dadurch bemerkbar, daß Disproportionen auftreten, die volkswirtschaftlich schädlich sind.

Mit der Schaffung des Volkseigentums an den Produktionsmitteln sind die Bedingungen für das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus gegeben. Die Stärkung und Festigung des sozialistischen Sektors unserer Volkswirtschaft gibt die Möglichkeit für die Verbreiterung des Wirkungsbereiches dieses Gesetzes.

Auf der Grundlage der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse begann auch das ökonomische Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft bei uns zu wirken.

Im privatkapitalistischen Sektor wirken noch, wenn auch eingeschränkt, ökonomische Gesetze des Kapitalismus.

Im privatkapitalistischen Sektor unserer Wirtschaft ist nicht das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus wirksam, sondern das Ziel der Produktion im privatkapitalistischen Sektor wird durch das Mehrwertgesetz bestimmt.

Daß das ökonomische Grundgesetz des modernen, d. h. monopolistischen Kapitalismus nicht mehr wirken kann, ergibt sich aus den bisherigen Ausführungen. Für das Wirken dieses Gesetzes wäre Voraussetzung das Existieren monopolkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, was jedoch bei uns beseitigt wurde.

An die Stelle des Grundgesetzes des modernen Kapitalismus ist also das Mehrwertgesetz getreten, das Ziel und Aufgabe, nämlich die Erzielung von Profit durch die kapitalistische Produktion, sowie auch das Mittel dazu, die Aneignung unbezahlter Arbeitsleistung, bestimmt.

Wenn festgestellt wird, daß in der privatkapitalistischen Wirtschaft der DDR das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus in Form des Mehrwertgesetzes wirkt, so muß aber berücksichtigt wer-

..... dieses ökonomischen Gesetzes weitgehend eingeschränkt ist. Diese Einschränkung erfolgt durch das Existieren und Wirken des Staates der Arbeiter und Bauern, der der Ausbeutung von vornherein Schranken setzt, z. B. durch die Festsetzung der Arbeitszeit, Festlegung der Mindestlöhne, des bezahlten Urlaubs, der Arbeitsschutzbestimmungen usw.

Die in der Volkswirtschaft vorherrschende sozialistische Produktionsweise bleibt ebenfalls nicht ohne Einfluß auf die kapitalistischen Betriebe. So sind z. B. die privatkapitalistischen Betriebe durch Verträge mit der sozialistischen Wirtschaft eng verbunden.

Die gesamte Wirtschaftspolitik unseres Staates läßt die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus nicht zur Entfaltung kommen.

Das Wolfsgesetz des Kapitalismus, nach dem jeder des anderen Feind und jeder Unternehmer um seiner Existenz willen gezwungen ist, den anderen bis auf das Messer zu bekämpfen und zu vernichten, hat in unserem Staate keine Basis.

Das Wirken der neuen objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die systematische planmäßige Entwicklung unserer Volkswirtschaft, sichert auch den kleinen und mittleren Unternehmern in der DDR ihre Existenz.

Aus den vorstehenden Ausführungen folgt, daß die Mitarbeiter des Staatsapparates verpflichtet sind, ständig das Wirken der ökonomischen Gesetze in unserer Volkswirtschaft zu beachten. Die laufende Kontrolle der Organe der Industrie- und Handelskammer (Bezirksdirektionen, Kreisgeschäftsstellen) muß die Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane in die Lage versetzen, Disproportionen sofort zu erkennen, um Maßnahmen einzuleiten, die die Gewähr bieten, daß unsere Volkswirtschaft keinen Schaden erleidet. Das wird aber nur möglich sein, wenn den Staats- und Wirtschaftsfunktionären die Hauptaufgaben der privaten Industriebetriebe innerhalb unserer Volkswirtschaft bekannt sind.

Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik

Die 3. Parteikonferenz der SED gibt über die Hauptaufgaben der privaten Industrie eine klare Auskunft, indem gesagt wird, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht Wert darauf legt, daß die privaten Unternehmer all die Möglichkeiten ausschöpfen, die in den privaten Betrieben zur Produktion von wichtigen Industrieerzeugnissen und hochwertigen Massenbedarfsgütern vorhanden sind, um die ständig wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen der DDR immer besser zu befriedigen. Diese unveränderte Aufgabenstellung hat die private Industrie auch im zweiten Fünfjahrplan.

Die Bedeutung der Privatbetriebe in der DDR besteht darin, daß ihre Produktion uns bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne hilft und damit zur Lösung der wirtschaftspolitischen Hauptaufgaben beiträgt.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung fällt auch der privaten Industrie der DDR im innerdeutschen Handel und im Export zu. Der Anteil der privaten Industrie am Gesamtexport der örtlichen Wirtschaft betrug im Jahre 1955 rund 75 Prozent. Die Bezirke Karl-Marx-Stadt und Suhl stehen im Export von Erzeugnissen aus der privaten Industrie an der Spitze. Die vielfältigen Beziehungen der privaten Unternehmer zu Geschäftsleuten in Westdeutschland und im Ausland unterstützen den Abschluß von Exportverträgen. Um die Bedeutung der privaten Industriebetriebe richtig einschätzen zu können, wird nunmehr ein Überblick über ihre Entwicklung im ersten Fünfjahrplan gegeben.

Während in der Zeit von 1950 bis 1953 ein Rückgang in dem Entwicklungstempo der privaten Wirtschaft eingetreten war, hatten die im Jahre 1953 von der Regierung gefaßten Beschlüsse zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung auch eine Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung der privaten Wirtschaft zur Folge. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsgütern zu verbessern, erhielten die Betriebe der privaten Industrie im Jahre 1953 die Aufgabe, im 2. Halbjahr die Produktion um 18,4 Prozent gegenüber dem 1. Halbjahr zu erhöhen; dadurch wurde die Voraussetzung für eine ständige Steigerung der Konsumgüterproduktion in den nächsten Jahren geschaffen. Darüber hinaus wurden den privaten Bau- und Verkehrsbetrieben bedeutende Aufgaben zur Verbesserung des Wohnungsbaues und der Personen- und Güterbeförderung gestellt. Entsprechend dem Wachstum des Produktions-

In allen Zweigen der privaten Wirtschaft wuchs in den Jahren 1953 bis 1955 die Produktion bzw. die Leistung. Zum Beispiel stieg die Produktion der privaten Industriebetriebe auf 118,6 Prozent (das Jahr 1950 gleich 100 Prozent gesetzt).

Die bessere Ausnutzung der Anlagen, die größere Materialzuteilung und günstige Absatzmöglichkeiten, die höhere Warenbereitstellung für den Handel sowie eine gesteigerte Arbeitsproduktivität führten zur Verbesserung der finanziellen Lage der Betriebe der privaten Wirtschaft in den Jahren 1954 und 1955. Die zu versteuernden Gewinne haben sich ständig erhöht, allein im Jahre 1955 gegenüber 1954 um 178 Millionen DM. Durch die Steigerung der Umsätze und der Einkommen der Unternehmer in den Jahren 1954 bis 1955 erhöhten sich ebenfalls die Steuerbeträge, die an den Staatshaushalt abgeführt wurden. Gleichzeitig verminderten sich die Steuerrückstände gegenüber dem Jahre 1952, woraus sich ergibt, daß die Liquidität der privaten Industrie laufend gestiegen ist.

Die private Industrie ist vor allem in den Zweigen der Leicht- und Lebensmittelindustrie vertreten. Das kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß die private Leichtindustrie mit 45,6 Prozent an der gesamten Produktion der kapitalistischen Industrie im Jahre 1955 beteiligt war, allein die Textilindustrie mit 17,8 Prozent, die Holzbearbeitung mit 10,4 Prozent. Die Lebensmittelindustrie ist an der Gesamtproduktion der kapitalistischen Industrie im Jahre 1955 mit 24,3 Prozent beteiligt.

Die Kontrollziffern der privaten Industrie wurden im Jahre 1955 mit 102,9 Prozent erfüllt. Diese Übererfüllung wurde insbesondere durch die Erfüllung in den Erzeugnisgruppen Maschinenbau mit 107,8 Prozent, Chemie 105,1 Prozent und Textil 107,2 Prozent beeinflusst.

In der privaten Industrie erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten seit dem Jahre 1953 um rund 10 000 Personen. Drei Viertel des Zuges waren Heimarbeiter in der Textil- und Konfektionsindustrie. Der private Unternehmer hat also, nachdem die finanzielle und materielle Basis vorhanden war, Mittel und Wege gefunden, um sich die notwendigen Arbeitskräfte zu verschaffen. Aus der Steigerung der Anzahl der Heimarbeiter ist zu schließen, daß diese privaten Industriebetriebe es verstanden haben, Hausfrauen und im Rentenalter stehende Personen in die Produktion einzubeziehen.

die Produktion von 1953 bis 1955 gesteigert wurde.

Der Anteil der in der privaten Industrie Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft der örtlichen Industrie war 1955 kleiner als 1950, die Zahl der Beschäftigten in der volkseigenen örtlichen Industrie ist also in diesem Zeitraum noch stärker gestiegen.

An Hand dieser wenigen Beispiele aus dem ersten Fünfjahrplan ist zu erkennen, welche große Bedeutung, aber auch welchen Anteil die private Industrie innerhalb der örtlichen Wirtschaft hat und welche großen Aufgaben den Staatsfunktionären daraus erwachsen, die Produktion der privaten Industrie zu lenken und zu leiten, damit Störungen, die Begleiterscheinungen des Profitstrebens der Kapitalisten sind, rechtzeitig erkannt und ausgeschaltet werden..

unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht gegenüber der privatkapitalistischen Industrie

Wir hatten festgestellt, daß die Wirtschaftspolitik unseres Staates gegenüber der Privatindustrie von entscheidender Bedeutung in der Übergangsperiode ist. Durch welche Maßnahmen der Regierung wurden die Unternehmer angeregt, zur Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne beizutragen, ohne daß aus dem Wirken des Mehrwertgesetzes heraus der Aufbau des Sozialismus gestört wurde?

Betrachten wir zunächst einige Fragen der Finanzpolitik gegenüber den Privatbetrieben, mit der unser Arbeiter-und-Bauern-Staat verhindert, daß das Streben der kapitalistischen Betriebe nach größtmöglichem Profit unseren sozialistischen Aufbau stört.

a) Finanzpolitik (Steuern, Kredite)

Bereits in der Verfassung der DDR heißt es im Artikel 29:

„Das Vermögen und das Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert.“

Die Hauptaufgaben unserer Abgabenpolitik gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssektor sind folgende:

1. Die Mobilisierung eines Teils der kapitalistischen Akkumulation für die Finanzierung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen unseres Staates.
2. Verhinderung einer übermäßigen Kapitalkonzentration.
3. Schaffung eines Anreizes für die Kapitalisten, die Produktionskapazität voll auszunutzen und mehr und bessere Waren zu produzieren.

Unsere Abgabenpolitik ist darauf gerichtet, eine übermäßige Kapitalkonzentration zu verhindern. Hierzu dient besonders die Förderung der Umwandlung der schwer kontrollierbaren Kapitalgesellschaften in leicht zu kontrollierende Personengesellschaften oder kapitalistische Einzelunternehmen.

Diese Maßnahme zeigt, wie unser Staat die Steuern gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft als Mittel zur Einengung der im privatkapitalistischen Sektor noch wirkenden ökonomischen Gesetze des Kapitalismus nutzt.

Mit Hilfe der Steuern wird die Akkumulation der privatkapitalistischen Wirtschaft begrenzt, aber auf der anderen Seite die Pro-

regt und gefördert.

In der „Verordnung vom 17. Dezember 1953 über die Erhöhung und Verbesserung von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung“ wurde u. a. bestimmt, daß einkommensteuerpflichtige Unternehmer, die Massenbedarfsgüter herstellen, bis 25 Prozent ihres Reingewinnes für Investitionen und Generalreparaturen steuerfrei verwenden dürfen; die Einkommensteuer wird also nur von dem restlichen Gewinn berechnet. Von dieser Steuervergünstigung wurde in großem Umfang Gebrauch gemacht. Zum Beispiel betrug im Jahre 1954 der hierdurch für den Staatshaushalt entstandene Steuerausfall rund 43 000 000,— DM. Auf der anderen Seite aber hatte die private Industrie die Möglichkeit, neue Maschinen anzuschaffen; hierdurch stieg die Produktion, und die Qualität der Waren wurde besser. Allerdings wurden — aus dem Wirken des Mehrwertgesetzes heraus — verstärkt Kapazitätserhöhungen in solchen Wirtschaftszweigen vorgenommen, in denen, volkswirtschaftlich gesehen, eine Ausweitung unerwünscht war.

Für das Jahr 1956 wurde daher bestimmt, daß grundsätzlich zur Inanspruchnahme dieser Steuervergünstigungen die vorherige Genehmigung durch die zuständige Fachabteilung des Rates des Bezirkes erforderlich ist. Die Erteilung der Genehmigung hängt von der Anerkennung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit ab.

Weitere Steuervergünstigungen werden gewährt auf dem Gebiet des Patent- und Erfindungswesens. Derjenige Privatunternehmer, der erfinderisch tätig ist, genießt für seinen Betrieb eine besondere steuerliche Vergünstigung. Er darf als persönliche Entschädigung von dem Betriebsgewinn ein sogenanntes Erfinderentgelt abziehen, das nach dem Umsatz berechnet wird, der mit Hilfe dieser Erfindung erzielt wurde. Das Erfinderentgelt beträgt z. B. bei einem Umsatz bis zu 100 000,— DM 3 Prozent hiervon. Für dieses Erfinderentgelt braucht keine Gewerbesteuer, Vermögenssteuer oder Erbschaftsteuer gezahlt zu werden; es fällt also, abgesehen von der Einkommensteuer, ungeschmälert dem Erfinder zu.

Die private Wirtschaft wird progressiv besteuert. Das Steueraufkommen steigt demzufolge nicht proportional mit dem Gewinn, sondern wegen der Progression in den Steuertarifen schneller als der Gewinn.

Unser Staat der Arbeiter und Bauern erhebt gegenüber den privaten Unternehmern die Forderung, ihren Verpflichtungen zur Erfüllung des Abgabenplanes nachzukommen. In mehreren Bezirken wurden zur Beseitigung der Steuerrückstände in der privaten Wirt-

verwaltung geschaffen.

Was die Kreditpolitik unseres Staates betrifft, so wird sie im Interesse der Werktätigen durchgeführt. Der Kredit wird planmäßig zur Durchsetzung der ökonomischen Gesetze ausgenutzt. Die planmäßige Lenkung von Krediten an die private Wirtschaft ermöglicht es den privaten Unternehmern, vorübergehend über größere Geldsummen zu verfügen, um Waren einzukaufen, die zur reibungslosen und termingerechten Vertragserfüllung dienen.

Wenn die privaten Betriebe ihre Anlagesphäre vergrößern und wenn sie dazu staatliche Mittel in Anspruch nehmen wollen, müssen sie sich des langfristigen Kredites bedienen. Wenn sie dagegen größere Mengen Rohstoffe, die zur Umlaufmittelsphäre gehören, einkaufen und dafür staatliche Mittel in Anspruch nehmen wollen, so bekommen sie auf Antrag kurzfristige Kredite.

Die unterschiedliche Kreditierung der Anlagesphäre und der Umlaufmittelsphäre beruht auf der unterschiedlichen Rolle der Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände im Reproduktionsprozeß und dient unserem Staat wesentlich zur Kontrolle der Entwicklung der Anlagesphäre und der Umlaufmittelsphäre in der privaten Wirtschaft.

Die Steigerung der Konsumgüterproduktion wird also zu einem Teil durch die Gewährung von Krediten für die private Wirtschaft ermöglicht und dadurch von der finanziellen Seite her gesichert. Hier kommt besonders die ökonomische Kraft des Kredites zum Ausdruck, die er in den Händen der Arbeiterklasse hat.

Das 25. Plenum des Zentralkomitees weist darauf hin, daß die Kreditgewährung gegenüber den privatkapitalistischen Betrieben so zu gestalten ist, daß ihre Produktionserfahrungen und ihre Privatinitiative für die Durchführung der im Plan vorgesehenen Aufgaben gefördert werden und sie bei ihrer Tätigkeit den normalen Gewinn erzielen können, daß aber keine spekulative Tätigkeit, die der Bevölkerung zum Schaden gereicht, zugelassen werden darf.

Die langfristigen Kredite werden von der Deutschen Investitionsbank und die kurzfristigen von der Deutschen Notenbank gewährt. Bei den kurzfristigen Krediten gibt es drei Arten:

1. Normalkredite,
2. B - 8 - Kredite,
3. Ausnahmekredite.

Während bei einem Normalkredit mindestens 25 Prozent des Kredites durch eigene flüssige Mittel des Kreditnehmers gedeckt sein müssen, beträgt das Deckungsverhältnis bei B-8-Krediten 0 bis 25 Prozent. Bei dieser Art von Krediten wird von der Deutschen Notenbank die Stellungnahme der Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates

eingeholt. Ausnahmekredite werden an illiquide Betriebe vergeben. Für die Gewährung solcher Kredite ist die Befürwortung durch das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft erforderlich. Bei allen drei Kreditarten entscheidet über die Ausreichung des Kredites die Deutsche Notenbank in eigener Verantwortung.

b) Preisgestaltung

Nun einiges zur Preispolitik unseres Staates gegenüber der privaten Wirtschaft. Der Preis ist der Geldausdruck des Wertes oder die allgemeine Erscheinungsform des Wertes. Sein Wesen und seine Funktion hängen daher eng mit dem Wesen und Wirken des Wertgesetzes zusammen, und ohne genaues Studium des Wertgesetzes ist die Durchführung der Preispolitik und die Anwendung ihrer Grundsätze nicht möglich.

Ein bewußtes und zielstrebiges Anwenden des Wertgesetzes ist nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich.

Der Preis nimmt bei der Regelung des Ablaufs der Gesamtwirtschaft eine Stellung ein, die ihn besonders geeignet erscheinen läßt, als Mittel zur Erreichung bestimmter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ziele zu dienen.

Auf dem Gebiete des Preiswesens bestehen in der privaten Wirtschaft besondere Bedingungen, die erkannt werden müssen, um Fehler zu vermeiden und Erfolge zu erzielen.

1. Im Streben nach höheren Preisen manifestiert sich unter den Bedingungen des Arbeiter-und-Bauern-Staates, in dem ein flüssiger Absatz aller Waren gesichert ist, das Streben der Unternehmer nach höheren Profiten am deutlichsten. Fast durchweg werden dabei die Kosten des Betriebes von den Unternehmern als Hauptgrund für ihr Begehren benutzt.
2. Die Unrentabilität eines Betriebes allein ist kein Grund zur Erhöhung der Preise. Nur eine genaue Untersuchung der Ursachen der Unrentabilität kann zu volkswirtschaftlich richtigen Maßnahmen führen.
3. Erfahrungsgemäß versucht jeder Unternehmer, organisatorisch-technische Schwierigkeiten durch Preiserhöhungen zu überwinden. Mangelhafte Kapazitätsauslastungen und dadurch bedingtes relatives Ansteigen der fixen Kosten, überhöhte Löhne, überhöhter Verwaltungsaufwand usw. sind häufig Anlaß zu Preiserhöhungsanträgen.
4. Jeder Unternehmer versucht verständlicherweise, seine eigene Preisangelegenheit als „volkswirtschaftlich außerordentlich wich-

„tig“ hinzustellen. Aber nur durch eine differenzierte Handhabung des Preises kann die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne gefördert werden. Mit unserer Preispolitik regen wir die Unternehmer an, entsprechend den Bedürfnissen der Werktätigen zu produzieren bzw. schränken wir eine Produktion ein, die volkswirtschaftlich nicht notwendig ist.

In der bereits erwähnten Verordnung vom 17. Dezember 1953 wurde auch festgelegt, daß die im Jahre 1953 gültigen Preise als Höchstpreise zu betrachten sind, die von den privaten Betrieben nach eigenem Ermessen unterschritten werden dürfen. Die Preisverordnung Nr. 350 vom 10. März 1954, die die Preisbildung bei Erzeugnissen des Massenbedarfs behandelt, brachte für Neuheiten eine Erhöhung des Gewinnsatzes und preisliche Erleichterungen bei Erzeugnissen, deren Herstellerabgabepreise unter den Selbstkosten liegen und Verbrauchsabgaben enthalten, sowie bei solchen, die unter Ausnutzung innerer und örtlicher Reserven produziert werden.

Auch mit diesem erhöhten materiellen Anreiz für die Unternehmer wurde die Produktion gefördert, das Sortiment erweitert und die Qualität verbessert, zugleich wurden aber auch brachliegende innere und örtliche Reserven der Volkswirtschaft nutzbar gemacht.

c) Exportförderung

Die Steigerung des Exports und des innerdeutschen Handels ist die Voraussetzung für den Import wichtiger Konsumgüter. Gerade die private Industrie hat von früher her auf dem Gebiet des Außenhandels, speziell mit den kapitalistischen Ländern, große Erfahrungen und Verbindungen. Durch Unterstützung der privaten Industrie beim Abschluß von Eigengeschäften, die außerdem erhöhte Gewinnmöglichkeiten mit sich bringen, durch die Gewährung eines Devisenbonus und Befreiung von der Umsatzsteuer ist das Interesse an solchen Geschäften wiedergeweckt worden. Über den Devisenbonus, dessen Höhe abhängig ist von dem Wert der vertragsgerecht durchgeführten Exportlieferungen, können die Betriebe frei verfügen und mit ihm Engpaßmaterialien im Ausland einkaufen. Aus ihm müssen ferner Geschäftsreisen dorthin finanziert werden.

Der Erfolg dieser Exportförderung zeigte sich besonders auf den diesjährigen Leipziger Messen, wobei Textilien und Kulturwaren die Schwerpunkte in den Außenhandelsabschlüssen bildeten. Diese Entwicklung muß weiter gefördert und unterstützt werden, besonders auf den beiden genannten Gebieten.

d) Gewerbelenkung

Durch die Verordnung vom 28. Juni 1956 über die Regelung der Gewerbetätigkeit in der privaten Wirtschaft (GBI. I, S. 558) und der 1. Durchführungsbestimmung vom 30. September 1956 (GBI. I, S. 1195) sind in den Bezirken der DDR die bis dahin bestehenden unterschiedlichen gewerberechtlichen Vorschriften beseitigt worden. Die Ausübung einer Gewerbetätigkeit bedarf nunmehr der Erlaubnis, die bei Gewerben von örtlicher Bedeutung von den Räten der Gemeinden erteilt wird. Die Erteilung einer solchen Erlaubnis ist abhängig von dem Vorliegen eines volkswirtschaftlichen Bedürfnisses. Mit dieser Forderung wird die Existenz der bestehenden Betriebe gesichert. Gleichzeitig werden aber auch im volkswirtschaftlichen Interesse Fehlinvestitionen verhindert. Auf den weiteren Inhalt der Verordnung einzugehen, liegt nicht im Rahmen des Themas.

e) Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben der privaten Industrie wurde den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, einen vom Bruttogewinn steuerfrei absetzbaren Betrag zur Erweiterung der kulturellen und sozialen Einrichtungen in den Betrieben zu verwenden. Hierfür stehen 2½ Prozent der Bruttolohnsumme zur Verfügung.

f) Vertragswesen

Das wichtigste Mittel der Verbindung der privaten Wirtschaft mit dem Volkswirtschaftsplan sind die Verträge der volkseigenen Betriebe und Handelsunternehmen mit den privaten Betrieben.

Bisher wurde dieser ökonomische Hebel zur Beeinflussung der Produktion der Privatbetriebe und zur Ausschaltung der Störfaktoren völlig ungenügend genutzt. Auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde deshalb die Aufgabe gestellt, die Produktion der Privatbetriebe durch den Abschluß von Verträgen entsprechend den Interessen der Arbeiter-und-Bauern-Macht mehr als bisher zu beeinflussen. In der Deutschen Demokratischen Republik ist der Privatinitiative im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und des Privatunternehmerz Raum für weitere Entfaltung gegeben. Das drückt sich nicht zuletzt in den von der 3. Parteikonferenz für die privaten Unternehmer gegebenen Perspektiven aus. Dort wurde erklärt, daß das Produktionsvolumen der privaten Industrie (einschließlich der Betriebe mit staatlicher Beteiligung) auf 126 Prozent gesteigert werden soll.

~~Interessens der Arbeiter-und-Bauern-~~
Macht, wenn ein Teil der Privatbetriebe die Möglichkeit besitzt, sich Materialpolster zu schaffen und die Produktion über die festgelegte Kontrollziffer hinaus auszudehnen. Das Vertragssystem muß deshalb dazu genutzt werden, die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne im Interesse der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu sichern. In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist es unerlässlich, daß die staatliche Planung die Produktion der privaten Industriebetriebe beeinflußt.

Der konkrete Weg, die private Wirtschaft durch das Vertragssystem enger mit dem staatlichen Plan zu verbinden, führt über die Einzelverträge zwischen den privaten und volkseigenen Betrieben und über die Einbeziehung der von den privaten Betrieben hergestellten Erzeugnisse in den Warenweg des staatlichen Großhandels. Selbstverständlich besteht daneben auch die Möglichkeit des Abschlusses von Verträgen privater Produktionsbetriebe mit privaten Industrie- und Handelsbetrieben. Während die zwischen sozialistischen Betrieben geschlossenen Verträge die wechselseitige Verantwortung der durch kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe verbundenen Produzenten für die Erfüllung der gesamtstaatlichen Aufgaben bestimmen, dienen die zwischen privaten und sozialistischen Betrieben geschlossenen Verträge der Beeinflussung der Produktion der privaten Wirtschaft.

Die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen muß im täglichen Kampf durchgesetzt werden. Dies ist um so bedeutungsvoller, weil die Betriebe der privaten Wirtschaft vornehmlich in Lieferbeziehungen mit dem sozialistischen Sektor unserer Volkswirtschaft treten. Das Vertragssystem bewirkt im privatkapitalistischen Sektor, daß die Produktion entsprechend dem Bedarf, der Qualität, dem Sortiment und den Lieferfristen durchgeführt wird. Bei richtigem Verständnis und richtiger Anwendung des Vertragssystems dürfen Mängel in der Streuung der Waren oder ein Warenstau nicht mehr eintreten.

Es bestehen aber grundsätzliche Unterschiede zwischen dem Vertrag im Kapitalismus und dem Vertrag in unserer Wirtschaft. In der kapitalistischen Wirtschaft dienen Verträge den Profitinteressen der Kapitalisten. Die Verträge drücken also entgegengesetzte Interessen aus. Sie bieten Vorteile für die wirtschaftlich Stärkeren und bringen deshalb Nachteile für die wirtschaftlich Schwächeren mit sich. Bei uns dienen die Verträge der Planerfüllung; die Interessen der Vertragspartner bilden keine Gegensätze, der Inhalt der Verträge wird vom Volkswirtschaftsplan bestimmt. Dem Vertrag im Kapitalismus stehen die Arbeiter gleichgültig oder ablehnend gegen-

wendung großer physischer Kräfte verlangt. Die Werktätigen in unserer Volkswirtschaft, auch im privatkapitalistischen Sektor, müssen mit den Aufgaben und Zielen des Vertrages vertraut gemacht werden und sollen selbst die Einhaltung des Vertrages kontrollieren.

Auch das Vertragssystem ist ein ökonomisches Instrument unseres Staates, um seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, das Wirken der kapitalistischen Gesetze einzuschränken, die ökonomische Basis zu festigen und zum Aufbau des Sozialismus beizutragen. Auf die sich hierbei ergebende Aufgabenstellung für die Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane wird später eingegangen.

g) Stellung und Aufgaben der Industrie- und Handelskammer

Es wurde bereits ausgeführt, daß die private Wirtschaft und somit auch die privaten Industriebetriebe einen Teil unserer Volkswirtschaft darstellen und daß sie durch ihre Leistungen zur weiteren planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und zur ständigen Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung beitragen müssen.

Im Laufe des ersten Fünfjahrplanes ergab sich daher die Notwendigkeit, die in der privaten Wirtschaft vorhandenen Kräfte organisatorisch zusammenzufassen. Deshalb wurde mit der Verordnung vom 6. August 1953 (GBl. 53/917) die Industrie- und Handelskammer der DDR gebildet.

In der Verordnung ist außerdem festgelegt worden, daß der Industrie- und Handelskammer der DDR alle selbständig gewerblich tätigen natürlichen und juristischen Personen und Personenvereinigungen mit ihren gewerblichen Betrieben sowie die von der Abgabenverwaltung zugelassenen Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren, Steuerberater u. ä. angehören. Privaten Betrieben, deren Zugehörigkeit zur Handwerkskammer begründet ist, und landwirtschaftliche Hauptbetriebe gehören der Industrie- und Handelskammer nicht an.

Die Mitgliedsbetriebe der Industrie- und Handelskammer haben das Recht, entsprechend den Aufgaben der Industrie- und Handelskammer, deren Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, und die Pflicht, der Industrie- und Handelskammer die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie die festgesetzten Beiträge zu entrichten.

Zur Bestreitung der Kosten, die der Industrie- und Handelskammer bei der Durchführung ihrer Tätigkeit entstehen, werden von den ihr angeschlossenen Betrieben Jahresbeiträge erhoben. Die vom

des Ministeriums der Finanzen. In diesem Zusammenhang muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die Beiträge für die Mitglieder Betriebsausgaben im Sinne des § 4 des Einkommensteuergesetzes sind.

Die Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Organ unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Sie muß deshalb durch ihre Tätigkeit zur Lösung der Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beitragen. In ihrer Tätigkeit unterliegt sie der Aufsicht durch die Regierung, die mittels der Dienstaufsicht vom Staatssekretär für Örtliche Wirtschaft ausgeübt wird.

Die Organe der Industrie- und Handelskammer sind der Vorstand und das Präsidium. Der Vorstand besteht aus 45 Mitgliedern, die sich zusammensetzen aus 15 Vertretern der privaten Wirtschaft, 15 von staatlichen Organen benannten Vertretern und 15 Vertretern, die vom Bundesvorstand des FDGB benannt werden.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer, er legt die Richtlinien für die Arbeit fest und beschließt sonstige grundlegende Maßnahmen.

Das Präsidium der Industrie- und Handelskammer besteht aus dem Präsidenten und seinen vier Stellvertretern. Die Mitglieder des Präsidiums werden auf Vorschlag der Blockparteien vom Vorstand gewählt und bedürfen der Bestätigung durch den Ministerpräsidenten. Das Präsidium hat den Vorstand bei der Durchführung seiner Aufgaben zu beraten, ihm obliegt ferner die unmittelbare Anleitung und Kontrolle der Tätigkeit der leitenden Angestellten der Industrie- und Handelskammer.

In jedem Bezirk besteht eine Bezirksdirektion, die von dem Bezirksdirektor geleitet wird. Darüber hinaus bestehen im Gebiet der DDR insgesamt 109 Kreisgeschäftsstellen. Die Tätigkeit der Bezirksdirektionen unterliegt der Anleitung und Kontrolle durch das Präsidium der Industrie- und Handelskammer der DDR und der Abteilung Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke. Bei jeder Bezirksdirektion wurde ein Beirat gebildet, der sich aus drei Vertretern der privaten Wirtschaft, drei vom Rat des Bezirks benannten Vertretern und drei Vertretern der in Betrieben der privaten Wirtschaft tätigen Arbeiter und Angestellten, von denen ein Vertreter vom Bezirksvorstand des FDGB benannt wird, zusammensetzt. Der Beirat hat die Aufgabe, den Bezirksdirektor laufend über die Entwicklung der privaten Wirtschaft zu unterrichten und ihn bei der Durchführung

seiner Aufgaben beratend zu unterstützen. Zur weiteren fachlichen Beratung des Bezirksdirektors in Fragen der Industrie, des Handels und des Verkehrs bestehen auf den verschiedensten Gebieten Fachausschüsse.

Gemäß der Verordnung vom 17. Dezember 1953 (GBl. 53/1315) sind die ehemaligen Staatlichen Vertragskontore in den Bereich der Industrie- und Handelskammer überführt worden. Dadurch wurden die der Industrie- und Handelskammer mit der Verordnung vom 6. August 1953 übertragenen Aufgaben wesentlich erweitert.

Die Hauptaufgabe der Industrie- und Handelskammer besteht darin, die private Wirtschaft — sei es auf dem Gebiete der Produktion, des Handels oder des Verkehrs — anzuregen, die ihr im Rahmen des Planes übertragenen volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig hat die IHK ständig und beharrlich innerhalb der privaten Wirtschaft eine breite politische Überzeugungsarbeit zu leisten, um dadurch unter den Angehörigen der privaten Wirtschaft die Bereitschaft zu wecken, ihren Anteil zur Lösung der Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beizutragen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Festigung der sozialistischen und auf die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Für die privaten Industriebetriebe ist hierzu die Möglichkeit durch die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung und für Einzelhandelsbetriebe die Möglichkeit des Abschlusses eines Kommissionsvertrages gegeben. Die Industrie- und Handelskammer muß in ihrer gesamten Tätigkeit ihr besonderes Augenmerk diesem Neuen zuwenden. Sie hat die Aufgabe, diese Entwicklung zu fördern, indem sie planmäßig und systematisch durch eine individuelle Aufklärungsarbeit die Voraussetzungen bei dem privaten Unternehmer oder Einzelhändler zur Aufnahme einer staatlichen Beteiligung bzw. zum Abschluß eines Kommissionsvertrages schafft.

Im § 3 der Verordnung über die Errichtung der Industrie- und Handelskammer der DDR sind im allgemeinen die Aufgaben der Industrie- und Handelskammer festgelegt. Es heißt dort:

„Der Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung der Organe der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und anderer Staatsorgane der Republik in Fragen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung dienenden Volkswirtschaftspläne durch Vorschläge, Anregungen, Gutachten und Berichte;
2. Unterstützung der zuständigen Staatsorgane in Fragen der Materialversorgung und der Erschließung örtlicher Reserven;

- überwachung, Kredite, Abgaben);
4. Gutachtliche Stellungnahme auf Anforderung der zuständigen Staatsorgane zu Anträgen auf Eröffnung, Verlegung und Schließung von Betrieben der privaten Wirtschaft unter besonderer Beachtung der fachlichen Voraussetzungen und der Bedürfnisfrage, gegebenenfalls nach Durchführung von Sachkundeprüfungen;
 5. Mitwirkung bei dem Zustandekommen von Gesamtvereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen;
 6. Beratung der in der privaten Wirtschaft Tätigen zur bestmöglichen Durchführung ihrer im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse liegenden Arbeit und Förderung ihrer wirtschaftlichen Initiative mit dem Ziele der weiteren Verbesserung der Lebenslage der Gesamtbevölkerung;
 7. Beratung der angeschlossenen Betriebe in Vertragsangelegenheiten und sonstigen Rechtsfragen;
 8. Mitwirkung in Fragen der Berufsausbildung der in der privaten Wirtschaft Tätigen;
 9. Beratung bei Ausstellungen und Messen im Zusammenwirken mit den hierfür zuständigen staatlichen Organen und sonstigen Institutionen;
 10. Benennung von Sachverständigen in Wirtschaftsfragen.“

Auf die besonderen Aufgaben der Industrie- und Handelskammer in Fragen des Verkehrs, des Handels und der Betriebs- und Volkswirtschaft wird im Rahmen dieses Schulungsheftes nicht näher eingegangen, sondern es werden nur die wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete der Industrie behandelt.

Beim Präsidium der Industrie- und Handelskammer und bei den Bezirksdirektionen besteht jeweils eine Abteilung Industrie und Verkehr, die hinsichtlich der Industrie vor allem folgende Aufgaben zu lösen hat:

1. Zusammenfassung der Produktionsangebote der privaten Industriebetriebe und Ausarbeitung eines Planvorschlages der privaten Industrie. Diese Ausarbeitung hat im allgemeinen auf der Grundlage der von der Staatlichen Plankommission herausgegebenen Direktiven zu erfolgen. Gleichzeitig ist der Materialbedarf zur Durchführung der im Planteil Private Industrie festgelegten staatlichen Aufgaben zu ermitteln.
2. Durchführung des Planes; diese stützt sich im wesentlichen einmal auf die Durchsetzung der Verordnung vom 22. Dezember 1955 über die Regelung der vertraglichen Verpflichtungen der privaten Industriebetriebe als Lieferer und zum anderen auf die

Materialienlenkung. Diese beiden ökonomischen Arbeitssphären sind sachftlich richtig angewandt, gewährleisten eine Erfüllung der der privaten Industrie übertragenen Aufgaben. Das besondere Augenmerk hierbei muß auf die Verarbeitung von inneren und örtlichen Reserven gelegt werden. Die im Plan festgelegten Kontrollziffern sind voll durch Verträge abzudecken. Hierbei ist davon auszugehen, daß der bestätigte Bruttonroduktionsplan der privaten Industrie ein Teil des Volkswirtschaftsplanes ist und gleichfalls termingerecht erfüllt werden muß.

3. Durchführung der Planabrechnung; dies bezieht sich einmal auf die Industrieberichterstattung (Formblatt 16) und andererseits auf die lieferseitige und verbrauchsseitige Materialabrechnung (Formblatt 42 und 46 PH).
4. Versorgung der privaten Industrie mit festen Brennstoffen ab 1. Januar 1957 (Planung des Brennstoffbedarfs, Verteilung und Abrechnung der Brennstoffe).

Weiterhin wird die Industrie- und Handelskammer ab 1. Januar 1957 die Lenkung der privaten Baubetriebe und ihre Versorgung mit Material zur Durchführung der ihnen übertragenen Bauleistungen vornehmen.

5. Entwicklung der Exporttätigkeit; die von den privaten Industriebetrieben übernommenen Exportverpflichtungen müssen termingemäß erfüllt werden. Weiterhin hat die Industrie- und Handelskammer gemeinsam mit den privaten Industriebetrieben eine ständige Erhöhung der Exporttätigkeit anzustreben. Das gleiche gilt auch in vollem Umfange für die Tätigkeit der privaten Industriebetriebe im innerdeutschen Handel.
6. Die Initiative der privaten Unternehmer zur Entwicklung von Neuheiten, insbesondere auf dem Gebiet der Gebrauchsgüterproduktion, ist anzuregen und zu fördern. Dies steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Forderung nach solchen Gebrauchsgütern, die den speziellen Wünschen unserer Bevölkerung entsprechen.

Die Aufgaben der Mitarbeiter

der örtlichen Staatsorgane

Die Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane wissen, daß die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates die entscheidende Form der bewußten und planmäßigen Anwendung der ökonomischen Gesetze zum Vorteil der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist. Gegenüber der privaten Industrie wird aber diese Funktion durch die Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise nicht direkt ausgeübt, sondern indirekt über die Bezirksdirektionen und Kreisgeschäftsstellen der Industrie- und Handelskammer. Dabei ist auch über den Beirat der Bezirksdirektion ein aktiver Einfluß auf die politische Arbeit mit den Unternehmern, deren Ziel die Festigung der Beziehungen zwischen unserem Staat und den Unternehmern ist, zu nehmen. Die Anleitung und Kontrolle der örtlichen Stellen der IHK ist von großer Bedeutung. Trotzdem wurde sie von den Mitarbeitern der Abt. Örtliche Wirtschaft im allgemeinen bis heute nicht ernst genommen. Welche Formen und Methoden gibt es für die Anleitung der Abt. Industrie und Verkehr der Industrie- und Handelskammer?

An erster Stelle steht die Aufgabe, die politische Arbeit mit den Unternehmern zu organisieren, um dadurch deren Vertrauensverhältnis zu unserem Staat zu festigen.

Von der IHK sind gemeinsam mit den Unternehmern neue Formen und Wege zu beraten und zu finden, die die private Wirtschaft in der Übergangsperiode zu beschreiten hat.

Die gemeinsamen Beratungen mit den Unternehmern und die aufklärende Arbeit der IHK gegenüber ihren Mitgliedern müssen dazu beitragen, bei diesen eine Veränderung in ihrem Denken und Handeln herbeizuführen.

Eine volkswirtschaftlich richtige Lenkung der privaten Industrie ist ohne Kenntnis ihrer Produktionskapazitäten unmöglich. Trotzdem besteht bis heute keine Übersicht auf diesem Gebiet, weder örtlich noch zentral. Die Kapazitätsermittlung muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die örtlichen Staatsorgane und die IHK die Produktionsangebote der privaten Industrie in den wichtigsten Positionen richtig einzuschätzen und zu beurteilen vermögen.

Die Kenntnis der Kapazitäten der privaten Industrie wirkt sich aber auch insofern auf die Planvorschläge der volkseigenen Indu-

steife aus, als durch **solche exakten** Unterlagen bedeutende Reserven für eine weitere **Steigerung der Produktion** erschlossen werden, womit die **Voraussetzung gegeben** ist, durch zweckentsprechende Verteilung der Investitionsmittel die planmäßige, proportionale Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu sichern. Desgleichen ist auch eine Ausarbeitung der Produktionsprogramme für die Perspektivplanung ohne Kenntnis der tatsächlichen Kapazitäten irreal.

Das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft hat im Oktober d. J. eine Direktive herausgegeben, nach welcher die Räte der Bezirke, Abt. Örtliche Wirtschaft, für die Durchführung der Kapazitätsermittlung verantwortlich sind. Gleichzeitig ist bestimmt worden, daß die Durchführung dieser Aufgaben den örtlichen Organen der Industrie- und Handelskammer zu übertragen ist. Wie hat nun der Rat des Bezirkes und des Kreises die Industrie- und Handelskammer bei der Durchführung der Kapazitätsermittlung anzuleiten?

Welche besonderen Grundsätze müssen gelten?

1. Die Kapazitäten der privaten Industrie sind in Form eines möglichen Produktionsaufkommens der privaten Industrie zu ermitteln.
2. Das mögliche Produktionsaufkommen ist die Produktion, die unter den örtlichen Verhältnissen erreicht werden kann.

Das mögliche Produktionsaufkommen ist unter Berücksichtigung technisch bedingter Stillstandszeiten und der zusätzlichen Feiertage für ein Jahr zu berechnen. Dabei dürfen Doppelzählungen eines Betriebes oder der Produktion innerhalb eines Betriebes nicht erfolgen. Während der Kapazitätsermittlung im sozialistischen Sektor die technologisch ununterbrochene Fertigung im Dreischichtensystem zugrunde gelegt wird, ermitteln wir im Gegensatz zur sozialistischen Industrie bei der privaten Industrie nur das mögliche Produktionsaufkommen unter den örtlichen Verhältnissen.

Zu beachten ist dabei, daß einmal

- a) die gesamten vorhandenen Ausrüstungen ohne besondere Erweiterungen und
- b) die Durchschnittsleistungen der Arbeiter in den privaten Produktionsbetrieben zugrunde gelegt werden.

Es ist selbstverständlich, daß man im privaten Sektor bei der Kapazitätsermittlung nicht von den Bestleistungen der fortgeschrittenen Arbeiter ausgehen kann.

3. Die Ermittlung der Produktionskapazität muß in Form eines Betriebsbesuches durch eine individuelle Aussprache bzw. indi-

Rahmen der Unterredung mit dem privaten Unternehmer sind diesem Sinn und Zweck einer derartigen Kapazitätsermittlung an Hand der vorstehend aufgeführten Prinzipien zu erläutern.

4. Die Ergebnisse dieser Befragung werden im Kreis entsprechend einer vom Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft herausgegebenen Nomenklatur zusammengestellt. Dabei muß darauf geachtet werden, daß das Leistungsangebot der Mengeneinheit der Nomenklatur entspricht. Für den wertmäßigen Ausdruck ist hierbei der Planpreis zugrunde zu legen. Bei jeder Position ist neben dem möglichen Produktionsaufkommen die Ist-Produktion des Jahres 1955 zum Vergleich auszuweisen. Besonders hieraus ist zu erkennen, daß mit der Kapazitätsermittlung keine Ermittlung der Maschinenkapazitäten durchgeführt wird.
5. Alle Produktionsangebote, die so ermittelt wurden, müssen mit dem vorliegenden IM-Abrechnungsbogen des Betriebes verglichen werden.
6. Die Ergebnisse dieser Ermittlung werden entsprechend der Nomenklatur und dem gleichen Schema einmal zum Kreisergebnis und dann zum Bezirksergebnis verdichtet.

Die Gesamtergebnisse der Kapazitätsermittlung müssen den Räten der Bezirke, Abt. Örtliche Wirtschaft, bis zum 31. Dezember 1956 von den Bezirksdirektionen der IHK vorgelegt werden. Die Bestimmung der Termine im Kreisgebiet erfolgt durch die Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke. Mit der Einhaltung des Termins und mit der Erfüllung des Auftrages wird für die Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Kreises die Kapazitätsermittlung als solche noch nicht ihren Abschluß finden.

Die geschaffenen Unterlagen müssen jährlich mit dem Stichtag vom 30. Juni überprüft und berichtigt werden. Es versteht sich von selbst, daß die Kapazität Veränderungen unterworfen ist und demzufolge für die Kreisgeschäftsstellen daraus Überprüfungen und Berichtigungen erwachsen.

Die Kapazitätsermittlung wird nach Fertigstellung die Industrie- und Handelskammer befähigen, die Produktionsangebote der privaten Industrie richtig einzuschätzen und zu beurteilen. Diese Arbeitsunterlagen sind erst die Voraussetzung für eine den volkswirtschaftlichen Zielen entsprechende Leitung der privaten Industrie durch die Industrie- und Handelskammer. In Erfüllung der Aufsichtspflicht gegenüber der Industrie- und Handelskammer muß der Anleitung und Kontrolle durch die Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Kreise bei Durchführung der Kapazitätsermittlung besondere Bedeutung beigemessen werden.

die Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane den Inhalt der Verordnung vom 22. Dezember 1955 über die Regelung der vertraglichen Verpflichtungen der privaten Industriebetriebe als Lieferer genau kennen und auch anzuwenden verstehen.

Als allgemeiner Grundsatz gilt, daß die privaten Industriebetriebe verpflichtet sind, über den Absatz ihrer Erzeugnisse und über ihre Leistungen entsprechend den gegebenen Bestimmungen Verträge abzuschließen. Vertragspartner können dabei sowohl Betriebe der volkseigenen oder ihr gleichgestellten Wirtschaft, als auch solche der privaten Wirtschaft sein. Vor der Aufnahme der Produktion hat der Vertragsabschluß und die Bestätigung des Vertrages durch die IHK zu erfolgen. Der Vertragsabschluß soll eine kontinuierliche Versorgung des Binnenhandels, des Exports und der übrigen Wirtschaft im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes gewährleisten und andererseits den Absatz der im privatkapitalistischen Sektor hergestellten Erzeugnisse sicherstellen. Es sind also zwei Faktoren zu erkennen:

- a) Die Produktion muß sich im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes, Planteil Private Wirtschaft, bewegen und
- b) der Absatz der Erzeugnisse muß vor Aufnahme der Produktion gewährleistet sein.

Diese Faktoren sind wichtig, da wir wissen, daß in der privatkapitalistischen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik das Mehrwertgesetz wirkt.

Der Privatunternehmer ist immer an der Erzielung von höchstmöglichen Profiten durch seine privatkapitalistische Produktion interessiert.

Als die Verordnung über die Regelung der vertraglichen Verpflichtungen der privaten Industriebetriebe als Lieferer noch nicht vom Ministerrat verabschiedet war, bewiesen uns das die Erfüllungsergebnisse ganz deutlich. Die Privatunternehmer haben die Erzeugnisse hergestellt, die ihnen die höchsten Profite brachten. Diese Produktion wurde noch dadurch begünstigt, daß die privaten Unternehmer nicht verpflichtet waren, vor Aufnahme der Produktion die Verträge der Industrie- und Handelskammer zur Bestätigung einzureichen. Es war nur Voraussetzung, daß die Produktion entweder aus inneren und örtlichen Reserven, aus Austauschstoffen oder Materialbeständen des Betriebes, die auch zum staatlichen Fonds zählen konnten, durchgeführt wurde.

Sie konnten auch dann die Produktion aufnehmen, wenn die in die Produktion eingehenden Einsatz- und Fertigungsmaterialien vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt wurden. Das Ergebnis

unserer Volkswirtschaft nicht entsprachen, so daß Waren auf den Markt kamen, die nicht abgesetzt werden konnten. *(Es wird gebeten, daß der Zirkelleiter entsprechend den örtlichen Bedingungen geeignete Beispiele anführt.)*

Die vertraglichen Verpflichtungen der privaten Industriebetriebe als Lieferer gegenüber der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft haben jetzt feste Absatzmöglichkeiten geschaffen.

Zusammenfassend ist also zu sagen:

Der Vertragsabschluß soll dazu dienen, eine kontinuierliche Versorgung des Binnenhandels, des Exports und der übrigen Wirtschaft im Rahmen der planmäßigen proportionalen Entwicklung zu gewährleisten und andererseits die im kapitalistischen Sektor hergestellten Erzeugnisse an die in den Verträgen festgelegten Besteller abzugeben.

Die Kontrollziffern, die die Räte der Bezirke den Bezirksdirektionen der Industrie- und Handelskammer für einen bestimmten Wirtschaftszeitraum übergeben, sind unter allen Umständen durch eine bedarfsgerechte Produktion zu erfüllen.

Die Vertragsverordnung fordert weiter, daß die privaten Industriebetriebe nur über die Produktion Verträge schließen, die im eigenen Betrieb durchgeführt wird. Darunter fallen jedoch nicht die notwendig werdenden Vor- und Nachbearbeitungen in anderen Betrieben, wie z. B. das Färben von Geweben, Garnen usw.

Diese Bestimmung sollte dazu beitragen, die für das Verleger-system typischen Produktionsverhältnisse zu verändern. Es hat sich aber in der Vergangenheit gezeigt, daß durch eine administrative Festlegung diese Veränderung nicht eintreten wird.

Das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft hat deshalb mit der 2. Direktive zur Vertragsverordnung angeordnet, daß die Bezirksdirektionen der Industrie- und Handelskammer bis auf weiteres auch Verträge für solche Betriebe bestätigen dürfen, die die Produktion nicht im eigenen Betrieb durchführen.

Die Industrie- und Handelskammer muß vorrangig zuerst die Verträge bestätigen, die im Rahmen der Kontrollziffer mit volkseigenen Vertragspartnern abgeschlossen werden. Mit der Vertragsvorlage durch die privaten Unternehmer erfolgt zu gleicher Zeit die Vorlage der Materialanforderung.

Zur Einhaltung des Volkswirtschaftsplanes ist der Industrie- und Handelskammer durch die neue Vertragsverordnung ein ökonomisches Mittel gegeben worden.

Abschließend seien noch einmal die wichtigsten Aufgaben, die sich aus der Dienstaufsichtspflicht gegenüber den örtlichen Organen

Die für die Abrechnungen örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise bei der Durchsetzung der Vertragsverordnung ergeben, zusammengefaßt:

1. Ständige Kontrolle der Abdeckung der Kontrollziffern durch Verträge. Es muß dabei darauf geachtet werden, daß die im Plan-
teil „Private Industrie“ festgelegten Kontrollziffern 100prozentig durch bestätigte Verträge abgedeckt sind.
2. Ständige Kontrolle darüber, daß auch tatsächlich nur auf der Grundlage von abgeschlossenen und bestätigten Verträgen produziert wird.
3. Ausübung der Kontrolle darüber, daß der Inhalt der Verträge den Bestimmungen der Vertragsverordnung entspricht.
4. Es muß darauf geachtet werden, daß die Bestätigung der Verträge durch die Organe der IHK innerhalb kürzester Frist erfolgt. Die Wirtschaftspolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates bestimmt auch die Materialversorgung der privaten Industriebetriebe. Welche Aufgaben hat nun die Materialversorgung?
Es sind folgende:

- a) die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Wirtschaftszweigen zu festigen,
- b) das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zu vertiefen und zu erweitern,
- c) den sparsamsten Verbrauch an Produktionsmitteln zu gewährleisten.
- d) die inneren Materialreserven in größtmöglichem Umfang zu mobilisieren und auszuschöpfen.

Die Zuweisung von Materialien aus dem Staatsfonds, also von kontingentierten Materialien, an die privaten Industriebetriebe darf nur auf der Grundlage eines abgeschlossenen und bestätigten Vertrages erfolgen. Verantwortlich für die Deckung des Materialbedarfs sind die Bezirksdirektionen der Industrie- und Handelskammer als Bedarfsträgergruppen.

Hierbei sind einige Faktoren zu beachten, und zwar:

1. Die Deckung des Materialbedarfs der privaten Industriebetriebe hat aus allen uns zur Verfügung stehenden Materialquellen zu erfolgen.

Wir kennen folgende Materialquellen:

- a) Die Materialbestände der privaten Industriebetriebe selbst,
- b) Materialien aus inneren und örtlichen Reserven,
- c) Materialien vom Auftraggeber,
- d) Materialien aus dem Staatsfonds.

1. kontingentierte Materialien und
2. Materialien der erleichterten Warenbewegung.
2. Alle Materialien, die vom Arbeiter-und-Bauern-Staat für die Durchführung der planmäßigen Produktion der privaten Industriebetriebe zur Verfügung gestellt werden, gehören unseren Werktätigen. Folglich muß das Material so eingesetzt werden, daß die Erfüllung der staatlichen Aufgaben gesichert ist. Das Ziel bei der Materiallenkung muß sein, den Anteil des Materials aus dem Staatsfonds zu vermindern und aus inneren und örtlichen Reserven laufend zu erhöhen. Materialbestände, die ungenutzt in den Betrieben lagern, müssen der Produktion zugeführt werden.
3. Durch den ökonomischen Hebel „Material“ sind die privaten Industriebetriebe im gesamtwirtschaftlichen Interesse zu lenken, um die Ziele des Arbeiter-und-Bauern-Staates zu erreichen. Deshalb sind folgende Grundsätze zu beachten:
 - a) der Materialeinsatz je Erzeugnis ist bei gleichbleibender oder verbesserter Qualität ständig zu vermindern,
 - b) das Material ist für die Erfüllung der volkswirtschaftlich wichtigsten Planposition einzusetzen,
 - c) die Möglichkeiten der Verwendung von Austauschmaterialien an Stelle wichtiger Engpaßmaterialien sind zu erweitern,
 - d) das Material ist nicht für eine Produktion schlechthin zur Verfügung zu stellen, sondern für die Erfüllung der volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben, also in erster Linie für Exportaufträge, Aufträge des Sonderbedarfs, des staatlichen und genossenschaftlichen Handels und der volkseigenen Betriebe.

Die Materialversorgung der privaten Industriebetriebe ist also nicht nur eine technisch-organisatorische Angelegenheit, sie hat vielmehr eine große politische und ökonomische Aufgabe zu erfüllen.

Von der richtigen Durchführung dieser volkswirtschaftlich so wichtigen Aufgabe hängt es ab, ob die in den privaten Industriebetrieben wirkenden ökonomischen Gesetze im Interesse der wirtschaftspolitischen Zielsetzung unseres Staates ausgenutzt werden oder ob sie der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus in unserer Volkswirtschaft entgegenwirken.

Zur Deckung des Materialbedarfs haben die privaten Industriebetriebe vorrangig Materialien aus inneren und örtlichen Reserven auszunutzen.

ein Problem von erstrangiger politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Viele Betriebe sträuben sich noch immer, die Verwendung von Materialreserven stärker als bisher in Betracht zu ziehen. Diese Einstellung tritt insbesondere bei der Materialanforderung zutage und spiegelt sich auch zum Teil in der Materialbedarfsplanung der Bezirksdirektionen wider.

Deshalb ist es eine besondere Aufgabe der Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise, ständig und beharrlich auf die Bezirksdirektionen und Kreisgeschäftsstellen der Industrie- und Handelskammer einzuwirken, daß die privaten Industriebetriebe weit stärker als bisher innere und örtliche Reserven verwenden.

In der Verordnung vom 22. Dezember 1955 wird ferner bestimmt, daß die zur Produktion benötigten Materialien auf der Grundlage von staatlich bestätigten Materialverbrauchsnormen im Rahmen des Materialplanes und der bestätigten Verträge den privaten Industriebetrieben zuzuweisen sind.

In der Vergangenheit ist der Normung des Materialverbrauchs der privaten Industriebetriebe nicht die notwendige Beachtung geschenkt worden. Die 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 22. Dezember 1955 verpflichtet alle privaten Industriebetriebe, den spezifischen Materialverbrauch je Erzeugnis auf dem Formblatt MVN 1742 nachzuweisen. Eine an die Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise gerichtete Direktive besagt weiter, daß bis zum 31. Mai 1957 Materialverbrauchsnormen für solche Erzeugnisse auszuarbeiten sind, für deren Herstellung volkswirtschaftlich wichtige Materialien benötigt werden.

Dadurch soll gewährleistet sein, daß bis zum Beginn der Planungsarbeiten für das Jahr 1958 in den wichtigsten Positionen Materialverbrauchsnormen bzw. Gruppennormen vorliegen. Gleichzeitig soll die Anwendung von Materialverbrauchsnormen oder Gruppennormen zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Materialwirtschaft beitragen.

Mit unserer Kreditpolitik regen wir die privaten Unternehmer an, entsprechend den Bedürfnissen der Werktätigen zu produzieren bzw. schränken wir eine Produktion ein, die volkswirtschaftlich nicht notwendig ist.

Kreditanträge bedürfen, wie bereits erwähnt, einer Befürwortung der örtlichen bzw. zentralen Staatsorgane.

die Befürwortung bei der Abt. Örtliche Wirtschaft (bzw. bei Betrieben der Bau- und Baustoffindustrie bei der Abt. Aufbau), die in jedem Falle ein Gutachten der zuständigen Industrie- und Handelskammer einholt. Das Gutachten der Industrie- und Handelskammer ist bei Kreditanträgen von über 20 000,— DM vom Bezirksdirektor bzw. seinem Stellvertreter zu unterzeichnen.

Unter Beifügung einer Durchschrift des Gutachtens der Industrie- und Handelskammer gibt die Abt. Örtliche Wirtschaft der Filiale die erforderliche Stellungnahme und ergänzt die Feststellungen der Industrie- und Handelskammer um den Punkt: Können die Lieferverpflichtungen von einem volkseigenen Betrieb übernommen werden?

Kreditanträge bis zu 20 000,— DM sind durch die Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Kreises mit Unterschrift des Vorsitzenden des Rates des Kreises zu befürworten. Bei Kreditanträgen über 20 000,— DM hat die Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Bezirkes die Befürwortung zu erteilen, und bei Kreditanträgen über 100 000,— DM wird die Stellungnahme des Rates des Bezirkes mit dem Gutachten der Industrie- und Handelskammer an das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, HA Private Wirtschaft, zur abschließenden Befürwortung eingereicht.

Für die Bearbeitung von Kreditanträgen der privaten Ziegelei- und Baustoffindustrie gelten erleichterte Bedingungen. Alle Entscheidungen werden in jedem Falle davon abhängen, inwieweit durch die Gewährung eines Kredites die Erfüllung der den privaten Betrieben gestellten Aufgaben positiv beeinflusst wird.

Die private Industrie, die nur mit Verträgen an den Volkswirtschaftsplan gebunden wird, hat die Verpflichtung der unbedingten Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben. Im allgemeinen werden Exportaufträge von den einzelnen Außenhandelsunternehmen über den Rat des Bezirkes und die Bezirksdirektion der IHK den Lieferbetrieben zugeleitet. Aufgabe des Rates des Bezirkes ist es, zu überprüfen, ob die Exportaufträge im Rahmen des Exportplanes liegen. Trifft dies zu, so werden sie an die Industrie- und Handelskammer zur Materialbereitstellung weitergeleitet.

Wenn auch die Betriebe vertraglich mit den Außenhandelsunternehmen gebunden und durch den Devisenbonus an der vertragsgerechten Durchführung der Exportaufträge materiell interessiert sind, kann auf eine Kontrolle der Erfüllung dieser Exportaufträge durch die Abteilung Örtliche Wirtschaft beim Rat des Bezirkes bzw. Kreises nicht verzichtet werden.

Der Rat des Bezirkes, Abt. Örtliche Wirtschaft, hat monatlich über die Lieferrückstände Rechenschaft abzulegen. Daraus ergibt

muß und seine Durchführung mit Unterstützung des Rates des Kreises zu überwachen hat. Neben der Sicherung der laufenden Exportaufträge durch die Räte der Bezirke und Kreise obliegt ihnen gleichfalls die Aufgabe, exportfördernd mit den Betrieben ihres Bereiches zu arbeiten. Die private Industrie findet aus politisch verständlichen Gründen im kapitalistischen Ausland gern Abnehmer.

Diese Handelsbeziehungen mit diesen Ländern sind für uns sehr wertvoll, weil sie Devisen bringen und für die Versorgung unserer Bevölkerung die Einfuhr wichtiger Waren garantieren.

Es ergibt sich für die Räte der Bezirke und Kreise, Abteilung Örtliche Wirtschaft, die Aufgabe, die privaten Betriebe verstärkt zum Export anzuregen (Eigengeschäfte).

Die Stärke der privaten Industrie liegt in der Herstellung von Konsumgütern. Diese Produktion muß auch für den Export genutzt werden. Wir müssen besonders die Erzeugnisse in den Vordergrund stellen, die lohnintensiv sind, d. h., deren Materialaufwand gering ist.

Entsprechend der Bedeutung des Außenhandels ist der Exportcharakter der Leipziger Messe immer mehr in den Vordergrund gerückt.

Auf der Leipziger Messe werden jedoch zur Ausstellung nur die Betriebe zugelassen, deren Exponate für den Export von Bedeutung sind; die Einhaltung dieser Vorschriften durch die Industrie- und Handelskammer ist von der Abt. Örtliche Wirtschaft zu überwachen.

Die Beschickung der Leipziger Messe hat eine solche Bedeutung, daß sich nicht nur der Abteilungsleiter Örtliche Wirtschaft mit der Auswahl der Betriebe beschäftigen sollte, sondern darüber hinaus auch der Rat des Bezirkes bzw. Rat des Kreises.

Die Aufgaben der Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise finden in der „Direktive für die Arbeit der örtlichen Wirtschaft in Auswertung der 3. Parteikonferenz und der Arbeitskonferenz der Abteilungsleiter Örtliche Wirtschaft in Leipzig“ in einer konzentrierten Form ihren Niederschlag. Es wird daher empfohlen, die im Schulungsheft 1 abgedruckte Direktive nochmals zu studieren und anzuwenden.

Unsere Funktionäre in den Bezirken und Kreisen können zur Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ganz entscheidend beitragen, wenn sie die Arbeit in den Bezirksdirektionen und Kreisgeschäftsstellen besser anleiten und kontrollieren.

Es gilt, die ökonomischen Hebel, die sie selbst in der Hand haben, stärker als bisher zu gebrauchen.

Die Perspektive der privaten Betriebe und der Unternehmer — Die staatliche Beteiligung an privaten Betrieben

Welche Perspektiven haben die privaten Betriebe und die privaten Unternehmer in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat? Die Tatsache, daß es in der DDR verschiedene Wirtschaftsformen gibt, bedeutet nicht, daß unsere Volkswirtschaft in drei für sich bestehende, nicht miteinander verknüpfbare Sektoren zerfällt. Die Wirtschaft in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus bildet zwar einen widerspruchsvollen, aber trotzdem einheitlichen wirtschaftlichen Organismus.

Die private Industrie ist ein fester Bestandteil unserer Volkswirtschaft. Das brachte das 25. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Ausdruck, und diese Tatsache wurde von dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, bei der Behandlung der Fragen des Mittelstandes auf der 3. Parteikonferenz eingehend erläutert.

Die Gegner unseres friedlichen Aufbaues des Sozialismus versuchen mit allen Mitteln, den kleinen und mittleren Unternehmern einzureden, daß sie in der Deutschen Demokratischen Republik keine Perspektiven hätten, der Liquidierung ihrer Betriebe ausgesetzt und zum Ruin verurteilt wären. Die Tatsachen und Ergebnisse unserer Wirtschaftspolitik beweisen tagtäglich eindeutig das Gegenteil.

Während in den vergangenen Jahren in der Deutschen Bundesrepublik Tausende von Wechseln zu Protest gingen, die Zahl der Zahlungs- und Vollstreckungsbefehle von Jahr zu Jahr ständig zunimmt und eine Besserung der Wirtschaftslage der kleinen und mittleren Unternehmer nicht abzusehen ist, haben das Ergebnis des 1. Fünfjahrplanes und die Ausführungen über den 2. Fünfjahrplan auf der 3. Parteikonferenz gezeigt, daß die weitere Entwicklung unserer demokratischen Ordnung und Wirtschaftspolitik jedem Bürger in der DDR die Möglichkeit verschafft, gut zu leben, und daß ihm samt seinen Kindern eine hoffnungsfrohe Perspektive gegeben ist.

Die klare Perspektive der privaten Industrie und die gesicherte Existenz der Unternehmer in der Deutschen Demokratischen Republik führten zu einer stetigen Aufwärtsentwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unserer gesamten Bevölkerung. Die private Industrie ist entsprechend den Volkswirtschafts-

unserer Bevölkerung einbezogen.

Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat legt Wert darauf, alle vorhandenen Möglichkeiten, die in den privaten Betrieben zur Produktion von wichtigen hochwertigen Produktions- und Konsumgütern vorhanden sind, auszuschöpfen.

So stellt der 2. Fünfjahrplan der privaten Industrie große Aufgaben, wonach sie wichtige Industrieerzeugnisse, qualitativ hochwertige Massenbedarfsgüter zur immer besseren Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen hat. Darin kommt die Fortsetzung der Politik zum Ausdruck, die Produktionskapazitäten der privaten Wirtschaft zur Entwicklung unserer Volkswirtschaft heranzuziehen. Für die Zeit des 2. Fünfjahrplanes ist für die privaten Betriebe einschließlich der Betriebe mit staatlicher Beteiligung eine Steigerung der Produktion und der Leistungen auf 126 Prozent vorgesehen.

Die Entwicklung der privatkapitalistischen Industrie im 2. Fünfjahrplan ist im engen Zusammenhang mit der politischen und ökonomischen Aufgabenstellung dieses Planes zu sehen.

Da einige Industriezweige infolge ihrer übermäßigen Ausweitung eingeschränkt werden müssen, ist für eine ganze Reihe Industriezweige eine wesentlich höhere Steigerung möglich und notwendig. Der Kapitalbedarf der privaten Industrie zur Lösung dieser neuen großen Aufgabe kann durch die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung gedeckt werden.

Die Beteiligung des Staates an den privatkapitalistischen Betrieben leitet eine Umwandlung der sozial-ökonomischen Stellung dieser Betriebe ein und führt zu einer Lösung des Widerspruchs zwischen den Möglichkeiten dieser Betriebe, ihre Produktion zu steigern, um bestehende Bedürfnisse zu befriedigen, und der Unmöglichkeit, dieses Ziel unter den Bedingungen kapitalistischen Eigentums zu erreichen, ohne neue Widersprüche hervorzurufen.

Indem sich unser sozialistischer Staat an den privatkapitalistischen Betrieben beteiligt, verändert sich die Stellung dieser privaten Unternehmer in der Gesellschaft und die Lage der Arbeiter in diesen Betrieben. Diese Betriebe haben halbsozialistischen Charakter.

Mit der staatlichen Beteiligung an privaten Betrieben wird das Geschwätz unserer Feinde zerstört, daß in der DDR die kapitalistischen Betriebe liquidiert werden und kleine und mittlere Betriebe in Not geraten. Hunderte von Unternehmern, die bis jetzt freiwillig

daß sie bereit sind, aktiv den Weg des Sozialismus zu beschreiten.

Diese Unternehmer haben erkannt, daß dieser Weg auch ihnen und ihren Angehörigen eine klare Perspektive und eine sichere Existenz bietet. Einige unverbesserliche westdeutsche Hetzpolitiker, die die staatliche Beteiligung als „kalte“ Enteignung oder als „Einschränkung der Unternehmeraktivität“ und dergleichen bezeichnen, erhalten durch die Unternehmer, die bereits Anträge auf staatliche Beteiligung gestellt haben oder noch zu stellen beabsichtigen, eine gehörige Abfuhr.

Die Unternehmer der kleinen und mittleren Betriebe Westdeutschlands werden genauso wie jene Unternehmer, die zum Verlassen der DDR verlockt worden sind, in wachsendem Maße erkennen, daß die weitere Entwicklung unserer demokratischen Ordnung und die Wirtschaftspolitik, wie sie auf der Grundlage des 2. Fünfjahresplanes in unserer Republik durchgeführt wird, jedem Bürger die Möglichkeit gibt, gut zu leben, und daß ihn und seine Kinder eine aussichtsreiche Zukunft erwartet.

Auf freiwilligen Antrag des einzelnen Unternehmers und nach sorgfältiger Prüfung beteiligt sich der Staat an diesen Privatbetrieben und schafft so die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Produktion und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Anwendung der neuesten Technik. Die Deutsche Investitionsbank wurde von der Regierung ermächtigt, sich an privaten Betrieben zu beteiligen.

Die Form der Kommanditgesellschaft wurde als die geeignetste Form einer Gesellschaft mit staatlicher Beteiligung gewählt. In die bestehende oder neu zu bildende Gesellschaft tritt der Staat grundsätzlich als Kommanditist ein, während dem privaten Unternehmer die Stellung als geschäftsführender Komplementär vorbehalten bleibt. Auf Grund der Bestimmungen des Handelsrechts wird ein Gesellschaftsvertrag abgeschlossen.

Durch Abschluß eines solchen Vertrages ändert sich zugleich die ökonomische Stellung des Unternehmers wie auch die der in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln erfahren also eine Veränderung. Der Unternehmer, der nach wie vor Eigentümer von Produktionsmitteln ist, teilt diesen Besitz mit dem Staat der Arbeiter und Bauern. Entsprechend seinen Fähigkeiten und Kenntnissen unter Berücksichtigung der Verantwortung als geschäftsführender Komplementär erhält er neben der Gewinnbeteiligung eine feste monatliche Vergütung, die der Lohnsteuer unterliegt und als Betriebsausgabe anerkannt wird.

Die Verteilung der Gewinne dieser Betriebe erfolgt entsprechend dem prozentualen Verhältnis der staatlichen und privaten Einlagen.

Neue Einlagen durch die Gesellschafter sind möglich, sofern es die volkswirtschaftliche oder betriebliche Situation, etwa zur Modernisierung, Technisierung oder Erweiterung des Betriebes, erforderlich macht.

Die Gesellschafterversammlung muß aber hierzu die Billigung geben sowie neue Beteiligungsverhältnisse festlegen, die vertraglich zu vereinbaren sind.

Die Besteuerung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung regelt eine Anordnung des Ministers der Finanzen (veröffentlicht im Gesetzblatt Teil I Nr. 50 vom 6. Juni 1956).

Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung sind verpflichtet, am Rechnungseinzugsverfahren teilzunehmen.

Das Ergebnis eines Gesellschaftsvertrages mit staatlicher Beteiligung ist also das gemeinsame Eigentum des Staates und Unternehmers an den Produktionsmitteln. Demzufolge ändert sich auch, wie bereits vorstehend angeführt, die Stellung des Unternehmers in unserer Gesellschaftsordnung. Gleichfalls verändert sich auch das Verhältnis der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmer und gegenüber dem Betrieb.

Auf Grund der neuen Beziehungen der Arbeiter und Angestellten zur Produktion können die Werkstätigen auch in diesen Betrieben ihre schöpferische Initiative breit entfalten und sind entsprechend den Leistungen an den Ergebnissen ihrer Arbeit unmittelbar beteiligt. Die Leiter und die Beschäftigten der Betriebe mit staatlicher Beteiligung arbeiten deshalb gemeinsam an der Erfüllung der staatlichen Aufgaben und stellen ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung arbeiten mit dem Ziel der restlosen Ausnutzung der Produktionserfahrungen und der Initiative des geschäftsführenden Komplementärs wie auch der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe zur Herstellung wichtiger Industrieerzeugnisse, Massenbedarfs- und Exportgüter.

Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung werden zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch in die Arbeitskreise der sozialistischen Wirtschaft aufgenommen und in die technisch-ökonomischen Beiräte bei den Räten der Bezirke einbezogen.

Um die ökonomische Veränderung in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung weiterzuentwickeln und zu festigen, werden die Betriebe mit staatlicher Beteiligung in das sozialistische Vertrags-

Material nicht mehr von der Industrie- und Handelskammer, sondern von den örtlichen Staatsorganen.

Herr Obering. Weißbach von der Firma Gebr. Weißbach, Karl-Marx-Stadt, erklärte nach Übernahme einer staatlichen Beteiligung:

„Der Vater des Gedankens, den Schritt zum staatlich beteiligten Betrieb hin zu tun, war die Existenz und Lebensfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik und die Weiterentwicklung der Fabrik. Wir können jetzt nach unserer völlig freiwilligen Entscheidung an einen großzügigen Ausbau des Werkes und an die Verwirklichung der Aufgaben: Modernisieren, Mechanisieren und Automatisieren gehen. Wir können uns nunmehr ganz der Produktion und ihrer Steigerung widmen... Der Elan der Arbeiter, die neuen Verhältnisse zu meistern und dem Staat das Beste zu geben, ist das Schönste in diesen Tagen. Überall im Werk spürt man, daß jetzt alle für die nun gemeinsame Sache wirken.“

Die Masse der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und auch die kleinen und mittleren Unternehmer haben etwas Gemeinsames, das sie alle mit unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat eng verbindet, nämlich den Willen zur Sicherung des Friedens und zur Sicherheit unseres wirtschaftlichen Aufstieges.

Entscheidend ist also für die Mitarbeiter des Staatsapparates, daß sie erkennen, welche politische und wirtschaftliche Bedeutung die staatliche Beteiligung an privaten Betrieben in der DDR hat. Diesen Betrieben muß daher zu ihrer weiteren Entwicklung und Einbeziehung in den Aufbau des Sozialismus jegliche Unterstützung gewährt werden.

- Walter Ulbricht . Referat auf der 3. Parteikonferenz der SED, Teil II u. IV.
Dietz Verlag, Berlin, 1956
- Walter Ulbricht . Die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im
Kampf um ein friedliches und glückliches Leben des
deutschen Volkes. Dietz Verlag, Berlin, 1955, S. 53—55
(25. Tagung des ZK der SED)
- Walter Ulbricht . Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der
KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse
der 3. Parteikonferenz. Dietz Verlag, Berlin, 1956, S. 60
bis 62
(28. Tagung des ZK der SED)
- Otto Grotewohl . Referat auf der 3. Parteikonferenz der SED, Teil I.
S. 3—19. Dietz Verlag, Berlin, 1956
- Fred Oelßner . . Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialis-
mus. Akademie-Verlag, Berlin, 1955, insbes. die Seiten
31—39
- Werner Mußler . Die privatkapitalistische Industrie und die ökonomische
Politik der Arbeiter - und - Bauern - Macht. („Einheit“,
Heft 6, Juni 1956)
Verfassung der DDR, Artikel 17, 18, 22, 24, 25
VO vom 26. 11. 1953 über die Bildung des Staatssekre-
tariats für Örtliche Wirtschaft (GBl. 53/1180)
Statut des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft
vom 1. 9. 1954 (GBl. 54/763)
VO vom 6. 8. 1953 über die Errichtung der IHK der DDR
(GBl. 53/917)
1. DB vom 21. 11. 1955 zur 3. VO zur Änderung der Be-
steuerung der privaten Wirtschaft (GBl. I 55/841)
VO vom 22. 12. 1955 über die Regelung der vertraglichen
Verpflichtungen der privaten Industriebetriebe als
Lieferer (GBl. I 54/7)
VO vom 28. 6. 1956 über die Regelung der Gewerbe-
tätigkeit in der privaten Wirtschaft (GBl. I 56/558)

Sanitized Copy Approved for Release 2010/05/25 : CIA-RDP80T00246A034600240001-1

Hinweis:

Das nächste Schulungsheft erscheint unter dem Titel:

„Die Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks
in der Deutschen Demokratischen Republik“

Wir empfehlen, dieses Thema an zwei Schultungstagen
(23. Februar und 9. März 1957) zu behandeln.

I. Gladkow

Das ökonomische Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft

Übersetzung aus dem Russischen

1956 • 72 Seiten • broschiert • 2,15 DM

Die Broschüre befaßt sich mit den einzelnen Merkmalen und Erfordernissen des Gesetzes der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft und ist eine ausgezeichnete Erläuterung und Ergänzung zum XXIX. Kapitel des Lehrbuches Politische Ökonomie. Der Verfasser geht zunächst auf die Konkurrenz und die Anarchie der Produktion im Kapitalismus ein. Diesem Gesetz des Kapitalismus stellt er das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft gegenüber.

Im Dezember 1956 erscheint

A. Benary u. F. Behrens

Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode

Etwa 108 Seiten • broschiert • etwa 4,— DM

Beide Arbeiten in dieser Broschüre, die jede für sich selbständigen Charakter haben, dienen dem Ziel, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues, einige Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus — Methoden der Wirtschaftsführung, der rationellen Ausnutzung ökonomischer Gesetze, die ideologische Einheit der gesamten gesellschaftlichen Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses — wissenschaftlich zu erforschen.



VERLAG DIE WIRTSCHAFT BERLIN